



Am 1. Mai 2016 wird in Plauen ein Aufmarsch von Neonazis stattfinden. Dies wird bundesweit der größte Naziaufmarsch am 1. Mai sein. Inzwischen wird auch weit über die Grenzen Deutschlands hinaus für Plauen mobilisiert, so zum Beispiel in Ungarn und England. Bereits am 1. Mai 2014 fand in Plauen eine Demonstration mit 700 Teilnehmenden Rechtsextremisten aus Deutschland und Europa, statt. In Saalfeld nahmen im darauffolgenden Jahr 800 Teilnehmer an der neonazistischen Demonstration teil und deshalb erwarten wir in diesem Jahr in Plauen noch einmal mehr Neonazis.

Der III. Weg, eine neonazistische Kleinstpartei, deren Reihen gefüllt sind mit Ex-NPD-Kadern, Mitgliedern des verbotenen "Freien Netz Süd" und anderen Gruppierungen aus der rechts-extremistischen Szene, mobilisiert seine Anhänger nach Plauen.

Der Vogtlandkreis wird dabei immer mehr zu einem beliebten Standort dieser Partei, die sich offen nationalsozialistisch gibt und einen völkischen Antikapitalismus propagiert. Im vergangenen Jahr wurde von diesen immer wieder rassistische Kundgebungen in Plauen abgehalten.

Wir finden, damit muss Schluss sein! Das Vogtland soll nicht weiter ein Sammelbecken für rechtes Gedankengut sein.

2014 sind wir am 1. Mai gemeinsam auf die Straße gegangen, um zu zeigen, dass wir weltoffen und tolerant sind. Wir waren aber zu Wenige, um ein eindeutiges Zeichen für Solidarität und gegen Diskriminierung zu setzen. Um genau dieses Zeichen in diesem Jahr setzen zu können, brauchen wir dringend eure Unterstützung an diesem Tag.

Für den 1. Mai 2016 beabsichtigen wir zu agieren und den Rechten nicht un-widersprochen unsere Stadt zu über-lassen. Im Gegenteil. Wir wollen klarmachen, dass Nationalismus und Rassismus keine Alternativen sind.

Mit einer "Straße des Musik - 1000 Meter Musik gegen Nazis" wollen wir dem Naziaufmarsch in Plauen etwas entgegen setzen. Neben namenhaften Plauener Bands und anderen Musikern können und sollen sich alle beteiligen, die Lust haben auf diese Weise zu demonstrieren.

Lasst uns Plauen am 1. Mai gemeinsam in Bewegung setzen. Für mehr Menschlichkeit und gegen Rechts!

*Aufruf von Aktionsbündnis
und AG Migration*

aus dem	Katja Kipping liest.....	S. 2
Inhalt:	Ist DIE LINKE reich?.....	S. 3
	Aus dem Plauener Stadtrat.....	S. 4
	Briefe.....	S. 7





KATJA KIPPING UND RICO GEBHARDT in der "Alten Feuerwache"

„Wer flüchtet schon freiwillig?“ heißt das neue Buch von Katja Kipping, das sie am 7. April in der Jugendherberge "Alte Feuerwache" vor knapp 60 Menschen vorstellte. Das tat sie zusammen mit unserem Landesvorsitzenden Rico Gebhardt, der ebenfalls da war und durch Fragen an Katja ein interessantes und informatives Gespräch entwickelte.

Aus Sachsen sind nach der Wende 800.000 Menschen abgewandert. Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, zeigen schon jetzt, dass Sachsen von ihnen profitiert, gerade in ländlichen Räumen. Steigende Schülerzahlen helfen, Schulen in den Orten zu erhalten, zum Teil werden Buslinien neu eingerichtet. Andererseits zeigen sie aber auch die eklatanten Versäumnisse in der CDU-Politik der letzten Jahre. Der Sozialwohnungsbau hat immer mehr abgenommen, die Aufweichung der sozialen Sicherungssysteme schürt Ängste in der Bevölkerung, die sich gegen Flüchtlinge richten. Dabei, so Katja Kipping, hat die Regierung mehr Angst davor, dass die Menschen kapitalismuskritisch werden könnten, als dass sie rassistisch werden. Ein Problem, vor dem wir in Sachsen deutlich stehen. So sehr, dass die vielen positiven Beispiele, die es auch und gerade in Dresden gibt, gar nicht mehr wahrgenommen werden.

Migration, das machte Katja Kipping ganz deutlich, hat es immer gegeben

und wird es immer geben. Dabei sind es nicht nur Bürgerkriege und Konflikte, die die Menschen in die Flucht treiben, sondern der Klimawandel wird zunehmend eine Rolle spielen. Gebiete in Afrika, in denen eine Nahrungsmittelproduktion schon jetzt nicht mehr wirtschaftlich ist, sind nur ein Aspekt. In ihrem Buch beschreibt Katja eindrücklich das Beispiel der Malediven. Ein Anstieg des Meeresspiegels um 18 bis 59 Zentimeter würde die Inselgruppe unbewohnbar machen. Wenn dieser Trend nicht gestoppt werden kann, werden die Menschen dort ihre Heimat ebenfalls verlassen müssen.

Es werden also möglicherweise weiterhin viele Menschen zu uns kommen. Gerade deshalb ist es so wichtig, rassistische Argumente nicht auch noch zu bedienen, sondern dafür einzutreten, dass es keine weiteren Sozialkürzungen und keine Verringerung der Renten gibt. Wir brauchen Sozialgarantien! Und wir dürfen nicht müde werden, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Einzahlungen der Nichtdeutschen in diesem Land noch immer höher sind als die Kosten.

Sozialabbau ist eine politische Entscheidung, die die Regierung trifft und die dringend von der Flüchtlingsfrage abgekoppelt werden muss. Wir erleben gerade eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Binnenkonjunktur wächst. Die Gleichstellung von Mann und Frau wird jetzt sogar in konserva-

tiven Kreisen diskutiert, in denen das vor fünf Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Dass ein anderer Umgang miteinander möglich ist, zeigt das Beispiel Thüringen, so Rico Gebhardt, wo der Ministerpräsident, anders als in Sachsen, die Brände nicht nur nicht anfacht, sondern konsequent austritt. Und selbst im CDU-regierten Sachsen-Anhalt ruft der Ministerpräsident die LINKE und die SPD dazu auf, mit ihm Flüchtlingsheime zu besuchen.

„Wir müssen den Artikel 2 des Grundgesetzes ernst nehmen, dass niemand wegen seiner Hautfarbe, Herkunft, Religion diskriminiert werden darf“, so Katja Kipping. „Auch und gerade die Regierung.“ Und nach Obergrenzen befragt, ist ihre Antwort eindeutig: „Wenn schon Obergrenzen, dann für Managergehälter.“

Katrin Pritscha

IST DIE LINKE SACHSENS REICHSTE PARTEI?

Rechenschaftsberichte zeichnen verzerrtes Bild über Einnahme- und Vermögensstrukturen

Die Sächsische Zeitung titelt am 15. April „Die Linke ist Sachsens reichste Partei“ und versucht, anhand der Rechenschaftsberichte der Parteien ein wenig Licht in die Parteienfinanzierung im Freistaat zu bringen. Dazu erklärt Bernd Spolwig, Schatzmeister der Partei DIE LINKE. Sachsen:

„Mit viel Eifer hat die Sächsische Zeitung das Zahlenwerk der Rechenschaftsberichte der Parteien analysiert. Der Versuch ist löblich, gleichwohl ist der Maßstab ungeeignet. Das Parteiengesetz verpflichtet die Parteien, ihre unterschiedlichen Einnahme- und Vermögensstrukturen in ein festes Raster zu übersetzen, um eine Vergleichbarkeit herzustellen. Diese Vergleichbarkeit entsteht indes nicht, sondern lässt – eben auf Grund der unterschiedlich gehandhabten Buchhaltung – Fehleindrücke entstehen.“

Ein Beispiel hierfür findet sich im Diagramm über die Einnahmen der Partei DIE LINKE im Wahlkampfjahr 2014: Hier entsteht der Eindruck, die Partei würde 41,5 Prozent ihrer Einnahmen aus Zuschüssen der Bundesebene beziehen. Der Autor bezieht sich dabei

wahrscheinlich auf Seite 5 des Rechenschaftsberichtes der Partei DIE LINKE für das Jahr 2014, in dem unter dem Posten ‚Zuschüsse von Gliederungen‘ eine Summe von 1.581.722,53 Euro für Landesverband und Kreisverbände aufgeführt wird. Allerdings: Die sächsische LINKE hat im Wahlkampfjahr 2014 keine Zuschüsse von der Bundespartei erhalten. Vielmehr hat sie aus dem bundesweiten Wahlkampffonds Wahlkampfkosten für die Landtags-, Kommunal- und Europawahlen abgerufen. Dieses Geld ist also eigentlich kein Zuschuss, sondern ein Abruf der zwischen den Wahlkampffahren zurückgelegten Wahlkampfkosten. Gleichzeitig weist Seite 7 unseres Rechenschaftsberichtes für den Landesverband 766.019,88 Euro und die Kreisverbände 322.046,09 Euro ‚Zuschüsse an Gliederungen‘ aus. Das heißt, neben dem Abruf aus dem Wahlkampffonds sind zum überwiegenden Teil die als ‚Zuschüsse vom Bund‘ deklarierten Einnahmen in Wirklichkeit Buchungen zwischen Gliederungen innerhalb des Landesverbandes bspw. für anteilige Auszahlungen von Mitgliedsbeiträgen an die Gliederung, Rücklagenbildung, Personalkosten usw.

usf.

Ein weiteres Indiz für die geringe Vergleichbarkeit der Zahlen dürfte die Angabe ‚staatliche Mittel‘ an Landesparteien sein, die im Artikel benannt werden. Staatliche Mittel aus der Parteienfinanzierung berechnen sich aus dem absoluten Stimmergebnis der Landespartei zu den Landtagswahlen. DIE LINKE gibt dort 154.790,50 Euro an, die SPD mit einem absoluten Stimmergebnis unterhalb der LINKEN jedoch rund 345.000 Euro, die CDU rund eine Millionen. Was auch immer SPD und CDU in diesem Posten verbucht haben: Mit unseren Zahlen ist das überhaupt nicht vergleichbar. Ganz ähnlich sieht es bei der Frage der Angabe von Vermögenswerten aus.

Insofern stellt sich leider die Frage, wie aussagekräftig eine solche Gegenüberstellung sein kann. Aus meiner Sicht ist sie nicht geeignet, die Vermögens- und Einnahmestrukturen von Parteien transparent zu machen. Vorschläge für eine einfachere, demokratischere und transparente Parteienfinanzierung hat unsere Partei von jeher gemacht.“

REICHENBACH HAT GEWÄHLT!

Die Oberbürgermeisterwahlen vom 17. April in Reichenbach haben einen klaren Sieger bereits im ersten Wahlgang hervorgebracht. Entgegen der Erwartungen, selbst des Wahlsiegers Kürzinger, wird es keinen zweiten Wahlgang geben.

Der Kandidat der LINKEN, der Reichenbacher Rechtsanwalt Thomas Höllrich (20,2%) unterlag dem Zwickauer Raphael Kürzinger klar (55,5%). Die beiden anderen Bewerber, Dr. Ulf Solheid (16,1%) und Dr. Matthias Gäckle (8,2%) folgten auf Platz drei und vier. Bei der Reichenbacher LINKEN und ihrem Kandidaten wurde das Ergebnis als enttäuschend eingeschätzt. Man hatte klar mit einer Stichwahl gerechnet, so Henry Ruß, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Reichenbach.



Thomas Höllrich

knapp 41% (2008: 43%) muss man annehmen, dass Höllrich außerhalb des linken Wählerspektrums nicht genügend WählerInnen erreichen konnte. Dies wäre sicher notwendig gewesen, um Kürzinger in eine Stichwahl zu zwingen.

Wahlbeteiligung offenbar von einem hohen Maß an Demokratie- und Politikverdrossenheit. Wenn BürgerInnen in Reichenbach noch am Wahlabend sarkastisch von einer beginnenden Erbmonarchie der CDU sprechen, dann ist das kein gutes Zeichen für die Demokratie.

Der neue "Obermeister", so ein Bürger am Wahlabend, da Kürzinger ja kein "Bürger" von Reichenbach ist, muss nun beweisen, dass seinen Versprechungen im Wahlkampf Taten folgen, hoffentlich nicht nur zugunsten derer, die ihn im Vorfeld hofiert haben.

DIE LINKE im Reichenbacher Stadtrat und der erste Bürgermeister, Thomas Höllrich, werden diesen Prozess sehr kritisch begleiten.

Angesichts der Wahlbeteiligung von

Unabhängig davon zeugt die niedrige

Henry Ruß

AUS DEM PLAUENER STADTRAT



Zur letzten Stadtratssitzung standen einige wichtige Punkte auf der Tagesordnung. So wurde nach langer Bearbeitungsphase (ca. 3 Jahre) endlich das neue Einzelhandelskonzept beschlossen. Auch unsere Fraktion stimmte dem zu, damit die Stadt wieder handlungsfähig wird. Besonders bei der Neuansiedlungen von Handelsgewerbe und den Erhalt oder die Entwicklung von Nahversorgungszentren, wie die Neundorfer Straße. Wichtig war für uns auch, dass die Verwaltung unseren Vorschlag mit aufgenommen hatte, die Bebauungsplanung mit dem Einzelhandelskonzept abzustimmen.

Ein weiterer Punkt waren die Einwendungen der Stadtverwaltung zum Regionalplan. Unser Stadtrat Klaus Jäger machte in seiner Rede nochmals auf wichtige Punkte aufmerksam.

1. So hätte Plauen mit der Streichung der Vorsorgestandorte Kauschwitz/Syrau für Gewerbe und Industrie keine Ansiedlungsflächen mehr in Vorhand.
2. Beim Schienenpersonenverkehr sollte die Staatsregierung darauf hingewiesen werden, dass durch den Zwang der Mitfinanzierung der Relation Dresden – Plauen durch die Zweckverbände des ÖPNV Kürzungen und Streckenstilllegungen im Personennahverkehr in unserer Region drohen.

3. Ebenso kritisch ist das Windenergiekonzept zu betrachten. Hier die Standortentscheidung Taltitz-Meißbach.

Klaus wies nochmals darauf hin, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit nutzen sollten, Einwendungen gegen den Regionalplan einzubringen.

Auf der Tagesordnung stand noch der Antrag des Jugendparlamentes auf Satzungsänderung. Vorgeschlagen wurde nur noch eine Liste mit Kandidaten einzubringen, die Grundmandate der Schulen abzuschaffen und die Möglichkeit das Nachrutschen von Kandidaten bei freien Plätzen zu ermöglichen. Unsere Fraktion konnte bei dem Punkt zur Abschaffung der Grundmandate nicht mitgehen und schlug vor, diesen in der alten Fassung zu belassen. Die Begründung war, dass die Gefahr besteht, dass Kandidaten von kleineren Schulen bzw. Schulartern keine Chancen haben gewählt zu werden. Ebenso, wenn der Kandidat noch nicht so bekannt ist. Auch die CDU-Fraktion teilte diese Bedenken und unterstützte unseren Antrag, der damit Mehrheiten fand. Aufgrund dessen zog das JUPP die anderen Satzungsänderungen zurück und wird diese neu überarbeiten.

Petra Rank

LEIHARBEITER

Beschäftigte zweiter Klasse

Die Wirtschaft brummt derzeit, wie es so schön heißt. Monatlich vermeldet die Bundesagentur für Arbeit einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Der Arbeitsmarkt scheint leer gefegt zu sein. Müsste nicht eigentlich alles paletti sein für die Erwerbslosen in „diesem unserem Lande?“

Leider nein, denn die Zahl der Leiharbeiter, man kann auch sagen Arbeitsklaven der Neuzeit, stieg auch 2015 weiter an, wie es aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage hervorgeht. Demnach gibt es fast eine Million Angestellte, die von ihrem Chef weiter vermietet werden. Dies ist eine Million Beschäftigte zweiter Klasse, die im Betrieb nicht regulär beschäftigt sind, im Schnitt nur 57 Prozent des mittleren Einkommens erhalten, weniger Rechte haben und schneller wieder gefeuert werden können.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Misere wurde im Zuge der Agenda 2010 unter der Stabsführung des damaligen Bundeskanzlers Schröder gelegt. Der Arbeitsmarkt sollte „flexibilisiert“ werden, das heißt, dass die Prekarisierung für einen Großteil der Betroffenen voran getrieben wird. Sie fallen somit durch alle Roste, die das Proletariat in seinen Arbeitskämpfen seit dem Beginn des Industriezeitalters dem herrschenden Kapital abgerungen hat.

Dieter Riedler



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
19. Mai 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de



Im Gesetzesentwurf zur 9. Änderung des SGB II gibt es im Bereich der Kosten der Unterkunft (KDU) wenig Pläne, die uns auf die Barrikaden treiben müssten, wohl aber Unterlassungen und fehlende Klarstellungen, die zu unberechtigt niedriger Leistungsgewährung für Hartz IV-Empfänger führen werden. Zwar sind Urteile höchster Gerichte genauso bindend wie Vorschriften des SGB II, aber welcher Hartz IV-Empfänger kennt schon diese Urteile und ist damit in der Lage, seine Rechte einzufordern! Deshalb sollte das, was gerichtlich durchsetzbar ist, auch im SGB II festgehalten werden. Wir haben dazu sechs Forderungen formuliert, dazu hier einige Beispiele.

1.) Wenn Hartz IV-Empfänger aus einer angemessenen Wohnung in eine andere angemessene, aber teurere Wohnung umziehen, erhalten sie nur die Miet- und Heizkosten der ersteren erstattet. Das kann unzumutbar sein: Ich hatte in meiner Sprechstunde eine Frau, die zunächst ohne Hartz IV auskommen wollte und deshalb in eine superbillige Wohnung gezogen war. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung war die zwar nicht zumutbar: Schimmel an den Wänden, weder Dusche noch Bad in der Wohnung, dafür eine Dusche ein Stockwerk tiefer in einer Wohneinheit, die auch der Vermieter nutzte, der Duschaum nicht abschließbar und auch Schimmel an den Wänden. Trotz Fotos vom Wohnzustand weigerte sich das Jobcenter, eine bessere angemessene Wohnung zu bezahlen. Das konnte erst nach einem Gerichtsbeschluss durchgesetzt werden. Wir fordern, dass jede angemessene Wohnung vom Jobcenter zu bezahlen ist.

2.) Der 9. SGB II-Änderungsentwurf sieht vor, dass auch Genossenschaftsanteile, nicht nur Kautionen, vom Job-

center als Darlehen übernommen werden. Das begrüßen wir. Allerdings müssen Darlehen des Jobcenters in monatlichen Raten von 10 % der Regelleistung getilgt werden. Das könnte bedeuten, dass Betroffene bis 8 Jahre mit einer reduzierten Regelleistung, die ohnehin kaum zum Leben reicht, auskommen müssen. Wir fordern deshalb genauso wie Sozialverbände und Gewerkschaften, dass Kautionen und Genossenschaftsanteile an die Jobcenter abgetreten werden: Bei Auszug zahlen die Vermieter Kaution und Genossenschaftsanteile an die Jobcenter zurück.

3.) Während ohne Satzungserlass derzeit Angemessenheitswerte für die Bruttokaltmiete und für die Heizung getrennt beurteilt werden, ist künftig auch ohne Satzung ein Gesamtangemessenheitsrichtwert für die Bruttowarmmiete möglich. Der setzt sich zusammen aus dem Angemessenheitswert für Bruttokaltmiete und dem Angemessenheitswert für Heizung. Folgende Formulierung im Gesetzesentwurf hat wahrscheinlich zu fehlerhafter Interpretation geführt: "Dabei kann für die Aufwendung für Heizung der Wert berücksichtigt werden, der bei einer gesonderten Beurteilung der Angemessenheit der Aufwendungen ... für Heizung ohne Prüfung der Angemessenheit im Einzelfall höchstens anzuerkennen wäre." Dabei ist zu beachten, dass die kommunalen Träger mit den Richtwerten für Unterkunft und für Heizung die abstrakten Angemessenheitswerte ermitteln. Wenn die überschritten werden, sind die Jobcenter durch höchstrichterliche Rechtsprechung angehalten, zu prüfen, ob im konkreten Einzelfall Bedingungen vorliegen, die die Kosten für die Bruttokaltmiete oder/und die Kosten für die Heizung dennoch als angemessen begründen. Das wäre die Prüfung der konkreten Angemessenheit. Auf die

Differenzierung zwischen der abstrakten und der konkreten Angemessenheit wird auch in der Begründung des Gesetzesentwurfs hingewiesen. Die Richter des Bundessozialgerichts führen Kriterien an, die in einem abstrakten Angemessenheitswert für Heizung, zumindest derzeit, nicht berücksichtigt werden können, z.B. klimatische Bedingungen, Gebäudestandard, technischer Stand der Heizungsanlage (u.a. BSG-Urteil vom 04.06.2014 B 14 AS 53/13). Ob und inwieweit im Einzelfall solche oder ähnliche Bedingungen vorliegen und die Angemessenheitsgrenze erhöhen, ist im Einzelfall zu untersuchen. Die Frage ist, ob die Jobcenter diese Einzelfallprüfungen tatsächlich durchführen werden. Deshalb verlangen wir eine entsprechende Klarstellung im Gesetzestext.

4.) Wir fordern, dass Kosten für Unterkunft und Heizung von Sanktionierungen auszuschließen sind, denn bei Verweigerung von Miete und Heizungskosten droht Obdachlosigkeit, da ja für die KdU kein Ausgleich vorgesehen ist wie etwa bei Sanktionierung der Regelleistung durch die Ausgabe von Gutscheinen (Die Sanktionierung der Regelleistung lehnen wir natürlich trotzdem ab). Diese Forderung wurde in den ersten Diskussionsrunden zur 9. Änderung des SGB II diskutiert, aber nach Einspruch von Bayern gestrichen.

Wir stellen gern per Mail oder per Post einen Musterbrief mit diesen und weiteren Forderungen an die Bundestagsfraktionen zur Verfügung. Schreibt an: dorthea.wolff@arcor.de oder wählt folgende Tel.nr: 03744 - 80116.

Je mehr Forderungsschreiben an die Bundestagsfraktionen verschickt werden, desto günstiger die Aussicht, dass die Argumente ernst genommen werden!

Dorothea Wolff

VERANSTALTUNGS- VORSCHAU

Ein Jahr Mindestlohn - Bilanz und Ausblick

Als der Mindestlohn eingeführt wurde, wurden wahre Schreckensszenarien entworfen: Massenentlassungen, Geschäftsschließungen und Unternehmenspleiten drohten, die Konjunktur würde schweren Schaden nehmen. Trotzdem waren und sind wir LINKEN uns einig: wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn, damit Menschen von ihrer eigenen Hände Arbeit würdevoll leben können!

Heute, ein Jahr nach seiner Einführung, wollen wir Bilanz ziehen und die Frage erörtern, wie weiter?

Diskutieren Sie mit!

mit Sabine Zimmermann,
arbeitsmarktpolitische Sprecherin
der LINKEN im Deutschen Bundestag

AM 4. MAI 2016

im Quartier 30
(Bahnhofstraße 30, Plauen)
Beginn: 17 Uhr



Sabine Zimmermann MdB

MITGLIEDER- VERSAMMLUNG IN PLAUNEN

Der Stadtverband Plauen lud am 23.04. seine Mitglieder zu einer Versammlung in die Jugendherberge „Alte Feuerwache“ ein. Auf der gut besuchten Veranstaltung stellte die Vorsitzende Petra Rank den Bericht über den Stadtverband und Klaus Jäger als stellvertretender Fraktionsvorsitzender den Bericht der Stadtratsfraktion vor. Auch Besuch aus dem Ortsverband Pausa-Mühltröf ist der Einladung gefolgt.

Anita Seifert stellte sich den Fragen der Plauener vor dem Hintergrund einer möglichen Fusion des Ortsverbandes und dem Stadtverband. Die Mitglieder stimmten danach einstimmig dafür, dem Kreisparteitag die Empfehlung zu geben, die Orte Pausa-Mühltröf und Weischlitz/Reuth mit in den Stadtverband Plauen auf zu nehmen.

In einer regen Diskussion kam es unter anderen zu den Themen Altersstruktur der Partei, Onlineauftritt, Rechtsruck der Gesellschaft und die Ausrichtung der LINKEN im Vogtland.

Zum Abschluss bekamen drei Neumitglieder einen Blumenstrauß sowie Heinz Discher zum Geburtstag und als Dank für seine geleistete und künftige Arbeit.



Neumitglied Kai Grünler

NEIES VON DAR META

Ne Griendonnarstooch hamm sich de Neideitln uni ehr Falkstaaner Freindin, de Meta durch de Plauer Altstadt spaziern gange un de Tanta Clara auf'n Kopf scheine lessen. Des hott den zwee Weiblen gefallen, noch denn wochnlangen Sauwetter. Ze guter Letzt hamm's siech bei gutn Kaffee un frisch gebacknen Erdepflkuung schmeckn lessen.

„Nu, woas gibbsn Neies bei eich in Plau?“ froocht de Meta: „Mar kennt siech ner nur noch aufreng,“ soocht de Neideiteln, „woas siech unnere Plauerer Rathausstrategen su eifalln lessen. Vor verzehn Tongen sollt Markt sei, aber de städtischen Knallkörper homm vargessn, do darzu aa de Händler eizeloodn. Doo standn de Leit aufn Markt un hamm ner bled geguckt, denn ze kaafn gabs nix. Dar aansche der siech gefraat hott, war dar Maa in dar Imbissbud, weil mehr Leit doo woarn, als sinst, wenn aufn Marktplatz nischt los is.“

Drauf de Meta: „Des is genauso wie bei unnarn Kinnerspiel frieher: „Schrap hott ne Hut varlorn“ Dar Wirtschaftsförder soocht „Gett miech nix aaa dess macht dar Marktleiter“. Dar Marktleiter soocht miech getts aa nix a, dess macht de Pressestell.“ Un de Pressestell hott den Markttooch aa net ausgeheckt un woas von nix.

Wie haast doch scheenes Sprichwort? „Viele Köche verderben denn Brei.“

Dieter Riedler

ICH BIN EINE BESORGTE BÜRGERIN

Mein Name ist Gisela Simon und ich bin eine wirklich besorgte Bürgerin. Seit Januar 2016 bin ich Mitglied des Eine Welt Vereins Vogtland und beinahe täglich habe ich mit verschiedenen Asylbewerbern zu tun. Fast alle, die ich kenne, haben Angst vor einer Abschiebung. Willkürlich und nicht nachvollziehbar werden von der deutschen Regierung Länder, von denen wir in der Zeitung lesen können, dass Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, zu „sicheren Herkunftsländern“ umetikettiert.

Eine richtige Einzelfallprüfung findet in der Regel nicht statt und ich merke jeden Tag die Angst der Betroffenen. Jeder Gang zum Briefkasten weckt die

Angst. Jedes Klingeln erschreckt sie. Sie beginnen den Tag mit Unruhe und gehen abends mit Angst ins Bett, denn es könnte ja in der Nacht ein „Abschiebungskommando“ kommen. Ich bin gegen Abschiebungen. Wer es geschafft hat hierher zu kommen, sollte auch bleiben dürfen, vorausgesetzt, er hat in seinem Heimatland kein Verbrechen gegen die Menschenwürde begangen. Kein Mensch gibt ohne Grund seine Heimat auf. Sie lassen alles zurück. Verwandte und Hab und Gut. Egal ob Kriegsflüchtlinge oder Verfolgte. Jeder hat ein Recht auf Sicherheit und Ruhe für sein Leben. Sie möchten alle mit Arbeit ihr Leben gestalten.

Wenn man sich einmal in die Haut dieser Menschen hineindenkt, kann man nur fordern, hört endlich mit den Abschiebungen auf, tut endlich etwas für den Frieden und die Sicherung der Menschenrechte in den betroffenen Ländern. Dann gibt es auch kein Flüchtlingsproblem mehr.

Frau Merkel sagte: „Wir schaffen das!“ Also bitte - geben Sie sich Mühe, alle Menschen sind gleich. Es sind Menschen wie wir.

Gisela Simon

Alle Ausgaben von Der Vogtlandbote Online:

www.dielinke-vogtland.de/presse/der-vogtlandbote/

ERREICHT MAN OHNE ZWANG MANCHMAL MEHR?!

Vor kurzem kam mir am praktischen Beispiel die Idee zu einem neuen Denkanstoß, den ich gern mit euch teilen möchte. Mein 4,5 jähriger Sohn bekam ein Überraschungsei geschenkt, was ja erstmal nix verwerfliches, ja eigentlich etwas fast alltägliches ist. Als Kind bekam man schließlich selbst oft Süßes geschenkt und gerade die Überraschungseier hat man besonders gern gehabt. Da mein Sohn sich da auch immer drüber freut, bekommt er dementsprechend auch häufiger mal eins. Auch von Mama bekommt er die, und bis vor kurzem auch von mir. Beim anschließenden Müllbeseitigen kam mir allerdings ein Gedanke. Für 10 Sekunden Freude an einem ehrlich gesagt völlig minderwertige Plastikspielzeug, für ebenfalls 10 Sekunden Genuss an nicht mal einem Stück Schokolade (welches zudem ebenfalls nicht gerade die hochwertigste ist; fair gehandelt schon gleich gar nicht) hat man dann die Silberfolie, das gelbe Plastik-Ei und letztlich auch das Spielzeug darin als bleibenden Abfall auf dem Planeten.

Schon kam mir der Gedanke, dass man diese Dinger eigentlich verbieten müsste. Vernünftig wäre es. Man täte der Umwelt was Gutes. Auch den Kindern würde es besser gehen, wenn sie für das Geld lieber hochwertige Schokolade bekämen. Auch den Kakaobauern rund um die Welt ginge es dann vermutlich besser, wenn sie statt der Ausbeuterschokolade lieber fair gehandelte verkaufen könnten. Aber würden das die Konsumenten in Deutschland verstehen?! Würde das nicht ähnlich ablaufen wie beim Veggie-Day, welcher von den Grünen damals vorgeschlagen wurde? Dieser wurde von den Menschen in unserem Land als Bevormundung empfunden. „Die wollen uns das Fleisch wegnehmen.“ Die Folge war, dass manche aus Trotz in der Zeit nach dem Vorschlag der Grünen mehr Fleisch gegessen haben. Ich denke nichts anderes würde in dem Falle auch passieren.

Wenn man von einem vegan/vegetarisch lebenden Menschen zum Beispiel als Mörder bezeichnet oder

geächtet wird, weil man gerade eine Wurst isst, wird man letztlich nur Ablehnung dem gesamten Thema gegenüber erhalten. Gibt man stattdessen sachliche Infos zu dem Thema, ohne denjenigen damit zu überhäufen und auch ohne ihn letztlich wieder zu verurteilen, wenn er trotzdem nicht sofort anders handelt, dann erreicht man oft zumindest einen kleinen Schritt in die Richtung. Derjenige denkt dann vermutlich eher drüber nach und stellt seine Gewohnheiten ein klein wenig um. An bestimmten Stellen erreicht man mit Aufklären statt bevormunden/ verbieten oft mehr.

Statt das Überraschungsei also zu verbieten, müsste man die Menschen eigentlich eher darüber aufklären, was sie damit eigentlich anrichten. Man müsste Quasi einfach einen Denkanstoß geben.

Maik Schwarz

NEIES VON DAR META

Ne Freitooch, um Zeene, ruft de Meta iehr Plauische Freindin de Neideiteln a un soocht: „Nu scheen guttn Morgn, wie gett dars den Heit?“ „Ach, Meta, red miech net aa, de Frieogoahrsgrippe hott miech arwischt un iech bie su malatt un komm gar net ausn Nest raus. Mi Alter hott mar good en scheen heißn Kreitertee gekocht.“

„Nu, woas gibbsn Neis bei eich?“ froocht de Neideiteln. Drauf de Meta: „Wenn mar de Glotzkist aamacht oder unner Wurschtblatt liest, kennt mar siech ner noch aufreng. Stell dar ner e moll fier; Bei Kultus in Dresdn drehe se itze ganz un gar durch. Do bringe se sächsisches Lehrbuch raus un alle Kinner solln Sächsisch lerne. Aber die Schwart is net des Papier wert auf denn sie gedruckt is. Dar Gipfl dar Unverschämtheit is, dess alle Kinner des komische Dresdner Kaffesächsisch lerne solln. Vun unnerer scheen vuuchtländischen Sprooch oder von de Arzgebirgler stett kaa aansches Wörtl drinne. Wenn unnere Kinne itze pletzlich darhaam su komisch lafern täten, tät mancher glei vun sein Vater e Schell krieng!“

Doo schittelt de Neideiteln miet iehrn Köpfl un soocht. „Itze sei se gans un goar ieborgeschnappt un größnwahnsinnisch worn. Auf sette hirnrissische Forzideen wär frieher net e moll August dar Starke kumme. Es wird Zeit, dess mar die schwarzn Spinner bei dar nächstn Wahl aus dar Staatskanzlei naus goong!“

Dieter Riedler

VORANKÜNDIGUNG KREISPARTEITAG 21. Mai 2016 10.00 Uhr

MitgliederInnen erhalten Ihre Einladung in den nächsten Wochen per Post.

INTERESSANT?!

Offizielle Arbeitslosigkeit im März 2016: 2.844.891

Nicht gezählte Arbeitslose: 787.497

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im März 2016: 3.632.388

Quelle: www.dielinke.de/politik/positionen/arbeitsmarkt-und-mindestlohn/tatsaechliche-arbeitslosigkeit/

WIR SIND FÜR EUCH DA!

**Kreisgeschäftsstelle
DIE LINKE Vogtland**
Bahnhofstraße 49
08523 Plauen
Tel.: 03741/201695
E-Mail:
kontakt@dielinke-vogtland.de

Öffnungszeiten
Montag
16.00-18.00 Uhr
Dienstag
14.00-17.00 Uhr
Mittwoch
10.00-12.00 Uhr
Donnerstag
16.30-18.00 Uhr
Freitag
geschlossen

und nach Vereinbarung

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Edith Schulze	Rodewisch	16.5.
H. Hartmann	Auerbach	18.5.
Ruth Musch	Plauen	20.5.
A. Solbrig	Reichenbach	26.5.
Claudia Rank	Plauen	29.5.
G. Vogel	Ellefeld	31.5.
Wilfried Beyer	Plauen	03.6.
Edelgard Gork	Plauen	03.6.
Günter Lorenz	Falkenstein	03.6.
L. Rieger	Pöhl	03.6.
Karl Gromoll	Klingenthal	05.6.
M. Geipel	Klingenthal	11.6.
Gerda Röder	Heinsdorferg.	12.6.
Horst Konrad	Reichenbach	13.6.
Emil Uhl	Bad Brambach	15.6.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.04.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.05.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.